

Almadina Multimedia Center

Studie

Illegale Migration – die Situation Libyens

Nr. 20 Donnerstag – 31.01.2013

Erstellt von der Abteilung für strategische Studien in Zusammenarbeit mit der Abteilung für die Bereitstellung elektronischer Ressourcen

www.npdc.gov.ly

Elnofleyen – Tripolis – Libyen Tel: [...] Fax [...] Email [...]

Illegale Migration... (die Situation Libyens)

Einleitung

Migration gilt als Mittel zur Rettung oder zur Hoffnung auf ein besseres Leben. Dies gilt für diejenigen, die die Migration als Weg wählen, ihre Art zu leben zu ändern und den Ort, wo sie leben, zu verlagern. Und zwar von ihren Herkunftsländern in andere Länder, um diese zu einer dauerhaften oder auch vorübergehenden Ersatzheimat zu machen, als Ersatz also für ihre ursprüngliche Heimat. Der Begriff der illegalen Migration verweist auf jenen ungesetzlichen Strom über die Grenzen. Er verweist auf den Versuch, sich im Einwanderungsland aufzuhalten ohne Erlaubnis von dessen Behörden. Die illegale Migration vollzieht sich durch ein Hinüberschleichen über die Grenzen zu Lande – bei manchen Ländern auch über die Meeresgrenzen –, vermittelt durch ein organisiertes Netzwerk von professionellen Menschenschugglern. Nordafrika gilt als eine von den Wellen illegaler Einwanderer am stärksten betroffenen Regionen. Denn es wird meist als Ort vorübergehender Einwanderung genutzt, und darüber hinaus liegen hier die Länder für den Transit zum anderen Ufer des Mittelmeers. Dies stellt eine doppelte Belastung dar. Das Komplizierteste dabei ist, dass diese Länder Grenzen teilen mit Staaten, die zu den ärmsten der Welt gezählt werden.

Die Ursachen der illegalen Einwanderung

Für illegale Migration gibt es diverse Gründe, doch letzten Endes erfahren sie keinen gesetzlichen Schutz; ausgenommen sind die Fälle von Migration wegen Kriegen, Konflikten und Katastrophen (Flüchtlinge). Denn wenn wir uns die Herkunftsländer einmal anschauen, bemerken wir, dass es arme Länder sind; und nicht einmal die Staaten, die das Problem der illegalen Migration stoppen wollen, interessieren sich für diese Länder. Allgemein kann man die wichtigsten Ursachen folgendermaßen zusammenfassen:

- Politische und finanzielle Korruption. Es wird keine vernünftige¹ Politik verfolgt.
- Schwäche in der wirtschaftlichen Entwicklung der Herkunftsländer.

1 Der arabische Originalbegriff *rašīd* ist moralisch und oft auch religiös-ethisch aufgeladen. Die Standardübersetzung lautet „*recht geleitet*“ - Anm. d. Übers.

- Starkes Absinken des Lebensstandards und sinkende Individualeinkommen, oder sogar fehlendes Einkommen bei vielen Menschen.
- Starker Anstieg der Arbeitslosenrate.
- Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen.
- Allgemeine Öffnung der afrikanischen Länder gegenüber Medien und modernen Techniken, was dazu beiträgt, die Afrikaner bezüglich des Lebens an anderen Orten der Welt blendet. Hinzu kommen ihre Kontakte zu ihresgleichen, die es geschafft haben, ans gegenüberliegende Ufer zu gelangen.
- Die Tatsache, dass einige illegale Migranten es geschafft haben, Jobs zu bekommen, und hohe Einkünfte erzielt haben. Dies stellt einen starken Anreiz dar für ihresgleichen, insbesondere wenn jene – beladen mit Geschenken und Geld – in ihre armen Dörfer zurückkehren.
- Naturkatastrophen und bewaffnete Konflikte.

Einige Menschen wählten möglicherweise die Auswanderung aus Furcht vor politischer Verfolgung oder aus bestimmten psychischen Gründen. Doch um die diversen Ursachen für das Migrieren wurde sich in keiner Weise wirklich gekümmert – mit dem Ziel, diese Ursachen zu mindern oder gar ihre Auswirkungen auf die Transitländer zu stoppen. Allgemein gesagt lauten die wichtigsten, die Migration beeinflussenden Faktoren, wie folgt:

Der Sicherheitsfaktor: Nach wie vor steht hinter dem Management der illegalen Migration als größte Sorge der Sicherheitsaspekt. Denn die europäischen Staaten fürchten, dass sich ihre Sicherheitslage verschlechtert, wenn sie den Migranten, die aus den Ländern des Südens auf sie einströmen, nicht die Stirn bieten; insbesondere weil sie der Meinung sind, ja sogar fast entschieden behaupten, dass viele von diesen Einwanderern einen kriminellen Hintergrund haben oder illegalen Arbeiten nachgehen, um schnell Geld zu verdienen. Darüber hinaus meinen die europäischen Staaten, dass ein paar Einwanderer, insbesondere von den illegalen, die Hauptursache darstellen für die Gründung von beziehungsweise das sich Anschließen an Aktivitäten, die sie als terroristisch bezeichnen. Die Angelegenheit ist jedoch nicht frei von Widersprüchen. Denn während die westlichen Staaten einerseits erfahrene und gut ausgebildete Arbeitskräfte zu sich holen, schließen sie die Augen vor jenen, die eine solche gute Ausbildung haben, wenn sie –und sei es auf illegalen Wegen – nach Europa kommen. Auf der anderen Seite stehen die Transitstaaten vor einer doppelten sicherheitspolitischen Herausforderung. Denn zum einen verursacht der Strom illegaler Einwanderer – beziehungsweise, wie sie von den Sicherheitsorganen genannt werden: Eindringlinge – Chaos in den Bereichen Sicherheit und Gesundheit, ja sogar auf humanitärer Ebene. Zum anderen ist es für die Transitländer sehr schwierig, ihre weit auseinanderliegenden Grenzen zu kontrollieren, wobei die EU-Staaten nichtsdestotrotz in dieser Sache Druck auf sie ausüben. Die europäischen Behörden sind mit zahlreichen Problemen konfrontiert, weil einige Einwanderer es geschafft haben, ins Innere zu gelangen. Eines dieser Probleme ist die Ausbeutung einiger dieser Migranten durch Mafiabanden oder sonstige kriminelle Organisationen beim Betteln, bei der Prostitution und im Drogenhandel; hinzu kommt noch der Handel mit den Organen der Einwanderer.

Ungeachtet der Schwierigkeiten auf Sicherheitsebene, mit denen die Behörden konfrontiert sind – und zwar sowohl in den Transitländern als auch in den Aufnahmeländern, bleibt der Umgang mit dieser Problematik eine äußerst sensible Angelegenheit – angesichts dessen, dass Sicherheitsmaßnahmen keine Erfolge dabei zeitigen, die mit dem Phänomen verbundenen humanitären Probleme in Grenzen zu halten. Die Probleme spitzen sich sogar bis zur Tragödie zu.

Der demografische Faktor: Die Leiden zahlreicher Staaten der Dritten Welt sind kaum verborgen geblieben, genauer gesagt gesagt: die in den ärmsten Staaten der Welt. Dort kommt das individuelle Einkommen nicht über einen Dollar oder weniger hinaus – wenn es nicht bisweilen sogar ganz

fehlt. Zusätzlich zur steigenden Armut leiden diese Länder an einem kontinuierlichen Anstieg ihrer Einwohnerzahl, was das Ausmaß des humanitären Leidens noch zuspitzte und viele ihrer Bewohner dazu veranlasste, an anderen Orten in der Welt nach Möglichkeiten des Broterwerbs zu suchen. In den Staaten Nordafrikas steigt die Zahl der Einwohner nun auf über 170 Millionen, und es kommt dort nun zu Armutproblemen und Problemen übermäßiger Arbeitslosigkeit. Bei den Regierungen dieser Staaten spricht man mittlerweile von größer werdenden wirtschaftlichen Belastungen aufgrund des konstanten Anstiegs der Einwohnerzahl.

Was nun die Staaten südlich der Sahara angeht, so zählen sie zu den am heftigsten von Armut betroffenen auf der Welt. Die Zahl ihrer Einwohner nähert sich der Marke von 100 Millionen, was einen Indikator darstellt für das Ausmaß ihres humanitären Leidens. Grund ist die Zahl der Einwohner, die auf einem Flecken Land leben, in dem sich Krankheiten ausbreiten und die Armutsraten ansteigen, ganz zu schweigen von den rauen Umweltbedingungen, spärlich vorhandenen Jobs und dem sinkenden Niveau bei den Dienstleistungen². All dies bewegt die Einwohner dieser Staaten dazu, die Reise in den Norden anzutreten. Mit den Füßen stehen sie noch in den Transitländern, ihre Augen aber sind nach Europa gerichtet.

Auf internationaler Ebene stellen wir fest, dass sämtliche Bemühungen zur Verbesserung dieser Situation keine Wirkung gezeigt haben, weder im subsaharischen Afrika noch in den anderen Teilen der Welt. Die Mehrheit der über 6,5 Milliarden Menschen zählenden Erdbewohner lebt in Staaten, die in die Kategorie Entwicklungsländer fallen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen hat in diesem Zusammenhang gemeldet, dass es mehr als 70 arme Länder auf der Welt gebe, und dass weltweit etwa 45 % der Armen in Gesellschaften lebten, in denen das Einkommen – nach den Standards des Human Development – kein niedriges ist. Mehr als zwei Milliarden Menschen lebten in Armut, und eine Milliarde Menschen könnten nicht lesen und schreiben. Eineinhalb Milliarden bekämen kein sauberes Trinkwasser, und eines von drei Kindern leide an Mangelernährung. Zudem gebe es auf der Welt insgesamt eine Milliarde Menschen, die an Hunger leiden. Die Realität ist möglicherweise noch betrüblicher als die Zahlen. Und diese betrübliche Realität macht den demografischen Faktor zu einer wichtigen Determinante und herausragend wichtigen Einflussfaktor für die Gegebenheiten der Migration.

Der politische Faktor: Die armen Länder sehen die Ursachen für ihre Armut, ihre Rückständigkeit, die Dürftigkeit der Entwicklungsprojekte und ihre sich anhäufenden Schulden in der Politik des Westens gegen sie. Diese hätte in hohem Grade dazu beigetragen, dass die Kluft zwischen Nord und Süd sich nicht verändert hat. Die meisten politischen Maßnahmen Europas und des Westens gingen über die Gewährung weniger Hilfen kaum hinaus, und für sie gebe es auch noch ganz bestimmte politische Bedingungen. Und sie beschränkten sich kaum auf Entwicklungsprogramme, es sei denn in Bereichen, die für sie große Gewinne abwerfen. Die europäischen Staaten sagen in diesem Zusammenhang, dass – neben politischen Gründen – die Ökonomien des Südens nicht fähig seien, in eine vollständige Partnerschaft mit den EU-Staaten zu treten.

Auf diese Weise wird der Druck der Migranten Richtung Europa wachsen, solange dieses im Umgang mit den Staaten des Südens eine Politik verfolgt, die mindestens als selektiv und auf den eigenen Nutzen bedacht zu bezeichnen ist. Denn die europäischen Staaten versuchen zwar, denen des Südens zu versichern, dass sie ja bemüht seien, ihnen zu dabei zu helfen, sich aus ihrer Rückständigkeit zu erheben. Doch die nordafrikanischen und die subsaharischen Länder sind immer noch auf die gleiche Art rückständig und arm, obwohl einige von ihnen ungeheure Ressourcen besitzen. Aber die Kritik gilt nicht in Gänze den europäischen Staaten. Denn die Länder des Südens haben es unterlassen, eine Politik zur Ansiedlung von Technologie zu verfolgen sowie, sich auf nachhaltige Entwicklungsprojekte zu fokussieren. Zudem haben sie es vernachlässigt, den Standard

2 Wahrscheinlich sind hier, wie schon weiter oben, öffentliche Dienstleistungen gemeint; Anm. d. Übers.

der öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern. Und lange Jahre haben sie die Armen ihrer Armut überlassen, ohne sich darum zu kümmern... All dies erzeugte ein Gefühl der Frustration und hat viel zur Motivation zahlreicher Menschen beigetragen, in den Norden auszuwandern, und zwar egal wie. Auf der anderen Seite sehen wir, dass politische Verfolgung eine Rolle im Migrationsprozess spielte, weil durch sie die Meinungs- und Redefreiheit eingeschränkt, die politischen und bürgerlichen Rechte vorenthalten werden und Menschen aus politischen Gründen ins Gefängnis kommen.

Der politische Faktor bleibt eine wichtige Größe, die sich auf das Migrationsgeschehen auswirkt. Denn er ist verbunden mit der Art und Weise des politischen Umgangs zwischen den Staaten des Nordens und des Südens – und mit der bitteren Realität dieser Politik, die vor allem die Armen im Südens betrifft.

Die Wirkung der illegalen Migration auf die Staaten Nordafrikas

Die Staaten Nordafrikas werden zu denen gezählt, die am Zustrom der klandestinen beziehungsweise illegalen Einwanderer leiden aufgrund ihrer geografischen Lage. Sie teilen sich weitläufige Grenzen mit Staaten, die zu den ärmsten der Welt zählen. Konkret gesagt belegen der Tschad, Mali und Niger laut Ranking des amerikanischen Magazins „Global Finance“ im Jahr 2010 jeweils die Ränge 151, 163 und 177. Dies bringt viele Bewohner dieser Länder dazu, trotz all der Gefahren und Schwierigkeiten hinter den Lichtern hinterm Mittelmeer herzulechzen, und zwar zahlreich. Die Zahl der illegalen Einwanderer aus den oben erwähnten Staaten wird auf Zehntausende geschätzt. Diese Menschen haben verschiedene Staatsangehörigkeiten, sogar Somalier, Eritreer, Sudanesen, Ghanaer, Senegalesen und weitere sind darunter. Sie verteilen sich – in stärkerem Maße – auf Libyen, Algerien und Marokko. In geringerem Maße sind darunter auch Menschen aus Tunesien und Ägypten, wengleich während und nach den Revolten des Arabischen Frühlings die Zahl der Ägypter und Tunesier, die Richtung Europa migrierten, angestiegen war. Die Wellen der Migration haben die nordafrikanischen Staaten bereits viel an materiellen Ressourcen gekostet und im Gesundheits- und im sozialen Bereich viele Spuren hinterlassen. Dies hat die Staaten Nordafrikas zu begrenzenden Maßnahmen gezwungen, um sich auf die Wellen der klandestinen Einwanderer einzustellen. Insbesondere, da viele von ihnen es vorziehen, sich für eine Weile im Transitland niederzulassen, bis vielleicht die Gelegenheit kommt, auf den Wogen des Mittelmeeres einem ungewissen Schicksal entgegen zu gehen.

In der Zeit, da sich die Migranten niederlassen, leiden die Transitländer daran, dass fremde Kulturen einströmen, sich die Lage in puncto Verbrechen und Krankheiten verschlimmert sowie möglicherweise auch daran, dass – wenn auch nur geringfügig – die demografische Zusammensetzung des Landes verändert wird. So wurde, offiziellen staatlichen Statistiken zufolge, im Jahr 2012 in Marokko ein Anstieg der Kriminalitätsrate von 12 % registriert, verglichen mit dem gleichen Vorjahreszeitraum. Einen entsprechenden, noch höher ausfallenden, Anstieg verzeichnete man in Tunesien, Algerien und Libyen. Es traten auch Krankheiten in Erscheinung, die es eigentlich in diesen Ländern nicht gibt. Hinzu kommt, dass die Transitstaaten hohe Kosten tragen für die Unterbringung der klandestinen Einwanderer, nachdem diese festgenommen worden sind. Außerdem kommen sie für die Kosten der Abschiebung auf – dies alles, obwohl mehrere internationale Berichte darauf hinweisen, dass der Zustand der Aufnahmelager in einigen Staaten sehr viel schlechter geworden ist, die Hygienekontrollen dürftig geworden sind und das Niveau der Leistungen für die Menschen gesunken ist.

Die Situation Libyens:

Seit der Zeit des alten Regimes leidet Libyen am Zustrom illegaler Einwanderer. Das frühere Regime pflegte diese Migrationswellen auszunutzen, um die Politik einiger europäischer Staaten zu beeinflussen. Denn mal wirkte es darauf hin, die Grenzen zu kontrollieren, mal ließ sie den Migranten dabei freien Lauf, nach Europa herüberzukommen. Es war der Hauptgrund für die Zuspitzung der Problematik. Diese wurde zu einer schweren Hypothek, die bis zum heutigen Tage immer stärkere Wirkungen entfaltet. Die libyschen Grenzen gelten als großer Schwachpunkt, wenn es darum geht, den Einwandererwellen entgegen zu treten. Sie sind ungeheuer weitläufig, mit einer Länge von etwa 6.000 Kilometern, angrenzend an sechs Staaten.

Dass diese Grenzen so lang sind, macht ihre Überwachung permanent schwierig und macht neben menschlichem Tun auch moderne technische Geräte notwendig. Diese Schwierigkeiten gaben den klandestinen Einwanderern bessere Möglichkeiten, heimlich über die Grenze zu gelangen und eine Festnahme durch Sicherheitskräfte zu vermeiden. Auf diesem Gebiet sind viele libysche Schleuser aktiv, die mit dieser Arbeit Profite machen. Begleitet werden sie von erfahrenen Leuten, die die Wege in der Wüste gut kennen.

Das Schleusen läuft in zwei Phasen ab: die erste Phase über Leute, die über die Grenze in nahe gelegene Gebiete schleusen. Regionen im Süden, wie Ghat, Ubari und Sabha, sind merklich überfüllt mit Massen von illegalen Einwanderern. Dies trotz aller Bemühungen, den Zustrom zu stoppen. Die zweite Phase besteht im Schleusen in die Küstenregionen, als Vorbereitung für die Überfahrt an die Küsten Italiens und Maltas. In den Küstenregionen werden sie von einer weiteren Gruppe Schleuser übernommen – nach dem Wunsch des Migranten und für Summen, die sich, gemessen an den Verhältnissen jener Migranten, relativ hoch ausnehmen. Sie belaufen sich auf 1.000 Dollar oder mehr pro Person.

Statistiken (welche stets den Charakter von Schätzungen haben) zeigen, dass zu manchen Zeiten innerhalb einer Woche mehr als 2.000 Klandestine von verschiedenen Küstenregionen aus losfahren. Der Anteil der Todesfälle erreichte dann die 30 %. Aufgrund dessen leidet Libyen am großen Zustrom. Denn es ist nicht nur Transitland, vielmehr bleiben einige afrikanische Migranten auch lieber eine Zeit lang in Libyen, um das nötige Geld für die Überfahrt ans andere Ufer des Mittelmeeres zu besorgen.

Dass sie dort bleiben, geht damit einher, dass sie sich in großer Anzahl ansammeln, begleitet von zahlreichen Krankheiten und von für die libysche Gesellschaft fremden Kulturen; ganz zu schweigen von Kriminalität, Drogenhandel, Taschenspielererei und anderem. Die Anwesenheit dieser Menschen hat den libyschen Behörden unermessliche Schwierigkeiten bereitet. Die Verfolgung der Menschen, ihre Inhaftierung, die Kosten für ihre Behandlung und ihre Abschiebung haben sie zermürbt; ganz zu schweigen von den temporären Haftzentren, die mit Hunderten von illegalen Migranten vollgestopft sind. Letztere leiden laut Menschenrechtsorganisationen an schlechten Haftbedingungen. Die bekanntesten Haftzentren in Libyen sind die Lager At-Tawisha in Tripolis, Burshada in Gharyan, Qanfuda in Benghazi und weitere solcher Einrichtungen im Süden Libyens sowie anderen Landesteilen. Viele von diesen Zentren klagen darüber, überfüllt zu sein, über Misshandlungen und, in einigen Fällen, sogar körperlichen Missbrauch. Das Lager Burshada besteht aus 40 der Sonne ausgesetzten Überdachungen aus Metall, auf so etwas Ähnlichem wie Käfigen. Bewacht wird es von einem Bataillon der Revolutionäre. Unter den Migranten befinden sich zahlreiche Schwangere, Frauen mit ihren Kindern und auch Kinder, die von niemandem begleitet werden. Einige Menschen mit gefährlichen Krankheiten sind ebenfalls darunter.

Laut der *International Federation for Human Rights* (FIDH) kann das Lager 2200 Personen aufnehmen. Im Allgemeinen leiden, der FIDH zufolge, zahlreiche der Migranten an schlechter und

demütigender Behandlung, bis hin zu sexuellen Handlungen. Sie bekommen nicht ausreichend zu essen, und die gesundheitliche Betreuung ist dürftig. Hinzu kommt, dass einige Migranten mit Arbeit beschäftigt werden, und zwar durch Übereinkunft zwischen Arbeitgebern und Betreibern der Lager. Dabei gibt es keine Zusicherungen, ob die Migranten ihren kompletten Lohn erhalten oder nicht. Man kann diese Beschäftigungen als Zwangsarbeit betrachten, denn nur selten lehnen die Migranten es ab, die von ihnen geforderten Arbeiten außerhalb der Lager zu verrichten. Die meisten Migranten sehen Libyen als Transitstation an, und deswegen nehmen sie die Gefahren, Leiden und Entbehrungen auf sich – um ihr Ziel, nach Europa zu gelangen, zu verwirklichen. Denn sie sind fest davon überzeugt, dass ihre Leiden in Libyen um vieles geringer sind als in der Hölle ihrer Herkunftsländer.

Die Ereignisse des Befreiungskrieges haben sich stark auf die Einwandererzahlen ausgewirkt. Zwar schafften es einige von ihnen – in einem abgekarteten Spiel mit dem alten Regime – auf die Insel Lampedusa zu gelangen. Doch viele von ihnen verließen Libyen und gingen über die Grenze, aus Furcht vor den Auswirkungen des Krieges. Ende Juni 2011 hatten mehr als 600.000 Migranten Libyen verlassen. An der Grenze zu Tunesien wurden 256.000 Personen gezählt, die die Grenze passierten; an der Grenze zu Ägypten waren es 184.000; ganz zu schweigen von denen, die nicht erfasst wurden. Doch als es nach dem Befreiungskrieg an den Grenzen des Landes chaotisch zuzuging, gelang es zahlreichen klandestinen Migranten, ins Land zu kommen. Ihre Anwesenheit fand ein großes Echo, in einigen Gegenden (zum Beispiel in den südlichen Regionen) gewannen sie sogar an Ansehen. In vielen Städten und Dörfern Libyens wurden sie an zahlreichen, sehr heiklen, unmittelbar mit der Gesundheit der Bürger in Verbindung stehenden Orten gesehen, wie zum Beispiel in Bäckereien, Lebensmittel- und Gemüseläden, Fleischereien, Wohnungen und weiteren Stellen. Und nach wie vor sind die Standards, die sie für diese Arbeiten anzusetzen belieben, ungenau und in hohem Maße unreguliert. Dies stellt – angesichts der dürftigen Aufsichts- und Kontrollorgane – die Gesundheit der Bürger auf die Probe.

Während die illegale Migration sich samt ihrer Auswirkungen auf Libyen im Besonderen und die Staaten der Region im Allgemeinen ergoss, beeilten sich einige europäische Staaten wie Italien, die sich selbst als die am stärksten leidtragenden ansehen, eine Vielzahl von Abkommen abzuschließen, um die Wellen von klandestinen Migranten zu stoppen. So forderte Italien eine Reihe nordafrikanischer Staaten, insbesondere Libyen, viele Male auf, effektivere Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Problematik ein Ende zu setzen. Die libysche Seite wurde von Italien gedrängt, die Grenzen zu kontrollieren und die Eindringlinge daran zu hindern, Richtung Italien in See zu stechen. Im Gegenzug forderte Libyen von Italien, das letzteres ihm die Dinge zur Verfügung stellt, die nötig sind, um dem Problem entgegen zu treten. In diesem Bereich wurde eine Vielzahl von Kooperationsabkommen abgeschlossen. So unterschrieb der italienische Ministerpräsident Mario Monti am 21. Januar 2012 in der libyschen Hauptstadt die „Erklärung von Tripolis“. Und am 3. April 2012 wurde ein detailliertes Abkommen zur Kontrolle der Migranten zwischen beiden Ländern unterschrieben. Der Text dieses Abkommens war geheim – bis ihn die italienische Zeitung „La Stampa“ im Juni 2012 veröffentlichte. Zu den Hauptbestimmungen des Abkommens gehören unter anderem:

- Trainingsprogramme für die libysche Polizei, Einrichtung eines Zentrum zur Aufdeckung gefälschter Dokumente sowie eines für das Training zur See.
- Einrichtung von Inhaftierungslagern seitens beider Regierungen.
- Förderung von Methoden zur Kontrolle der See- und Landgrenzen zur Bekämpfung der „illegalen“ Migration.
- Durchführung von Maßnahmen zur Ausweisung, Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration bei Aktivitäten zur freiwilligen Rückführung.

Diese Maßnahmen gelten – wenn sie umgesetzt werden – als in der Praxis nicht ausreichend, um das Problem zu stoppen. Denn zur Bekämpfung der klandestinen Migration sind viele Dinge und

hoch entwickelte technische Mittel notwendig. Wichtiger noch: notwendig ist zudem eine vernünftige³ Politik gegenüber den Ländern, aus denen die Migranten kommen – eine Politik, die sich für eine nachhaltige Entwicklung von Ländern interessiert, die vielleicht zu den ärmsten Ländern der Welt zählen. Diese Länder leiden an politischen Verhältnissen ohne klare Richtung und an Instabilität, ganz zu schweigen von der politischen Korruption sowie von der Tatsache, dass die Ressourcen von den herrschenden Cliquen aufgesogen werden. Wobei man die Bevölkerungen hungrig zu Bett gehen und in den trockenen Wüsten nackt dastehen lässt.

Maßnahmen zur Bekämpfung:

Zwar haben die Transit- und die Aufnahmeländer Maßnahmen ergriffen, um den Wellen klandestiner Einwanderer zu begegnen. Doch diese haben bis jetzt keine Erfolge dabei gezeitigt, diejenigen, die heimlich durch die Wüste gehen, davon abzuhalten, weiter einzuströmen und über die Wogen der See das andere Ufer des Mittelmeeres anzusteuern. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die meisten Herangehensweisen und Maßnahmen sich stets auf den Sicherheitsaspekt konzentrierten und die wirtschaftlichen Aspekte in den Herkunftsländern vernachlässigten. Denn, konkret gesagt, die Staaten des Nordens haben keine klare Politik dafür ausgearbeitet, dass in diesen Ländern eine wirkliche Entwicklung Fuß fasst. Vielmehr haben sie dazu beigetragen, dass diese Länder noch ärmer werden, indem sie sie in Schulden ertränkten; außerdem dadurch, dass man die klugen Köpfe dazu brachte auszuwandern und sich bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten Zeit ließ. Hinzu kommt, dass die Staaten des Nordens despotische Regime unterstützten, deren einziges Interesse darin besteht, die Ressourcen der Bevölkerungen an sich zu reißen. Die wichtigsten Bekämpfungsmaßnahmen, zu denen man gegriffen hat, stellen sich dar wie folgt:

1. Die Transitländer:

- Überwachung der Land- und Seegrenzen, selbst wenn – wie in Libyen – die Möglichkeiten dazu begrenzt sind.
- Einrichtung temporärer Haftzentren zum Zwecke der Abschiebung in die Herkunftsländer.
- Regelmäßige Suchaktionen bei eingereisten Ausländern und Überprüfung ihrer Personalpapiere sowie ihres gesundheitlichen Zustandes.
- Abschließen von Kooperationsabkommen mit den umliegenden Staaten über die Kontrolle der Grenzen und die Bekämpfung heimlicher Grenzübertritte.
- Ebenso Abschließen von Kooperationsabkommen bezüglich der klandestinen Einwanderer mit den Aufnahmestaaten.
- Formulierung von Regeln zur Beschäftigung von Arbeitskräften; Basis dafür ist, dass diese auf korrekte, legale Weise ins Land gekommen sind. Arbeitgeber werden gezwungen, niemanden ohne korrekte Papiere zu akzeptieren, beziehungsweise niemanden, der nicht medizinisch untersucht wurde.

Diese Maßnahmen bleiben dennoch ohne Wirkung – in Anbetracht dessen, dass im Umgang mit dieser Problematik umfassende Maßnahmen erforderlich sind. Angefangen bei definierten und exakt ausgearbeiteten Strategien, auf die Entwicklungsprobleme in den Herkunftsländern grundlegende Antworten zu finden. Denn dies ist die Basis, von der ausgehend die Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration ergriffen werden müssen, auch wenn dies längere Zeit in Anspruch nimmt. Grund dafür ist, dass die Frage, warum sie aus ihren Ländern fliehen, nicht genau beantwortet wurde – beziehungsweise, dass man sich vor der Beantwortung dieser Frage gedrückt

3 Der arabische Originalbegriff *rašīd* ist schillernd; so kann er u. a. auch mit „religiös rechtgeleitet“, „richtig“ oder „sinnvoll“ übersetzt werden – Anm. d. Übers.

hat. Denn eine exakte, klare und ehrliche Antwort darauf bedeutete, sich für die großen Leiden und Schmerzen der betreffenden Länder zu öffnen. Und dies versuchen zahlreiche Staaten zu ignorieren, um es als etwas zu betrachten, was sie nichts angeht. Und just hier beginnt der schwere Fehler, dessen Preis die fortwährende Zunahme der Zahl der Migranten ist.

2. Die Aufnahmestaaten

- Ausarbeitung eines Plans durch die Europäische Union zur Behandlung der Migrationsproblematik im Zeitraum zwischen 2008 und 2011; auf Grundlage dessen Bereitstellung von fünf Millionen Euro, wobei vorausgesetzt wurde, dass die Länder an beiden Ufern – also das südliche und das östliche Mittelmeerufer – davon profitieren.
- Eine verschärfte Sicherheitspolitik an den Grenzübergängen zu Lande und zu Wasser sowie bei den Maßnahmen zur Gewährung von Visa.
- Abschließen von diesbezüglichen Abkommen mit den Staaten des Südens; „Dauerhaftes Drängen der Staaten des Südens, mehr zu tun“.
- Versuch, die Transitstaaten mit einigen Dingen zu unterstützen, um ihnen zu helfen, den Migranten zu begegnen.
- Einrichtung spezieller Haftzentren für illegale Einwanderer, die an den europäischen Küsten festgenommen wurden; dort werden sie bis zur Abschiebung in ihre Herkunftsländer festgehalten.
- Zaghafte Versuche wirtschaftlicher Aktivitäten in einigen südlichen Ländern, um ihre Ökonomien zu beleben und ihren Bürgern Jobs zu bieten.

Ausblick

Die Prognose zur Zukunft der Problematik geht von einer Reihe von Aspekten aus, die in Zusammenhang stehen mit der Situation der Migranten sowie der Art und Weise, wie eben die Transitländer mit diesem Phänomen umgehen. Denn was sich zeigt, ist die Fragilität der Lösungsansätze. Wenn diese in der gleichen Weise fortgeführt werden, wird dies noch mehr Afrikaner und Araber dazu ermutigen, an die Mittelmeerküste zu kommen, um sich dann in den Norden aufzumachen. Denn die Realität der Migration heute kündigt von einer unwägbaren Zukunft, wenn wir uns einmal anschauen, wie viele klandestine Migranten es gibt, die voller Entschlossenheit sind, trotz der Gefahren beim Überqueren der weitläufigen Grenzen der Nachbarländer und trotz des Kampfes mit den Wellen des Meeres – beseelt von dem überaus starken Wunsch nach einem glücklichen Ende in den Ländern des Nordens. Hinzu kommt noch die instabile Sicherheitslage in Ländern, in denen heftig verlaufene Revolutionen stattgefunden haben, durch welche es auf Sicherheitsebene zu einem nie dagewesenen Chaos kam. Dies beförderte den Zustrom der Migranten.

Es wird erwartet, dass sich die Zahl der Migranten vervielfacht und dass dies – was die Sicherheitslage angeht – zu einem großen Durcheinander in den Transitländern führen wird; ganz abgesehen von den Problemen im Gesundheits- und im sozialen Bereich und, mehr noch, der gegenseitigen Überlagerung der Kulturen. Die Europäische Union wird nur in geringem Maße in der Lage sein, den Wellen klandestiner Einwanderer Grenzen zu setzen. Dies liegt daran, dass die Europäische Union sich nur auf die Sicherheitsaspekte fokussiert und sich die Migranten zudem an alle neuen Sicherheitsmaßnahmen anpassen werden. Die EU wird am Ende gezwungen sein, sich den Forderungen zu fügen, in den Ländern des Südens Entwicklung Fuß fassen zu lassen. Jedes Zögern in dieser Angelegenheit wird dazu führen, dass das Problem fortwährend größer wird, als es jetzt ist. Denn in den Herkunftsländern werden wir Menschen finden, die sagen: „Wir haben das Recht, in den Norden zu migrieren. Denn wir finden keine Arbeit und wir finden nicht einmal soviel zu essen, dass wir notdürftig unser Leben damit fristen können. Und die europäischen Staaten

helfen uns nicht, vielmehr kommen sie in unsere Länder, um deren Rohstoffe zu nehmen, ohne in Sachen Entwicklung aktiv zu werden oder wenigstens zu versuchen, diesen Ländern hochzuhelfen“.

Resultate

Im Lichte des oben zu Tage Geförderten lassen sich folgende Resultate herausstellen:

1. Wenn man so tut, als merke man nichts von der Lage der Migranten in ihren Ländern, und sich nur auf den Sicherheitsbereich konzentriert, so wird dies den Anstieg bei der Zahl der illegalen Einwanderer noch verstärken.
2. Die illegalen Einwanderer haben sich in starkem Maße eng mit unserem täglichem Leben verbunden, was eine Gefahr für unsere Gesundheit darstellt. Deswegen ist es erforderlich, dass sämtliche Maßnahmen, also die der offiziellen wie die der privaten Stellen im Staat, ineinander greifen.
3. Verringerung der Programme zur Aufklärung der Bürger darüber, wie gefährlich es ist, mit illegalen Einwanderern in Berührung zu kommen und sie einzustellen, ohne dass diese medizinisch untersucht werden.
4. Dass die Transitstaaten leiden, wenn sie mit den illegalen Migranten zu tun haben, kümmert die europäischen Staaten nur wenig. Mit sämtlichen Arten von Sicherheitsmaßnahmen versuchen sie stets, dass die Migranten in den Transitländern bleiben, ohne effektivere Lösungen zu finden.
5. Die dürftige Koordination und Kooperation zwischen den Transitstaaten trug dazu bei, die Schlupflöcher für die Schleuser zu vergrößern.
6. Die Haftbedingungen für illegale Einwanderer sind eine zusätzliche Zumutung für sie und veranlassen sie, darauf zu beharren, ihrem Ziel weiter entgegen zu gehen, trotz aller Gefahren und Leiden.
7. Es fehlt ein klar konturierter Plan in Libyen, dem Zustrom illegaler Migranten eine Grenze zu setzen; was derzeit zu sehen ist, sind nur einzelne Bemühungen, die zudem noch mit geringsten Möglichkeiten auskommen müssen.

Empfehlungen

1. Man sollte daran arbeiten, wohl überlegte Investitionen in den umliegenden sowie in den diesen benachbarten Staaten zu tätigen – mit dem Ziel, die Wirtschaft in diesen Ländern zu beleben. Daraus werden in den Herkunftsländern der Migranten neue Arbeitsplätze sowie wirtschaftliche Anreize entstehen, die wiederum die Migration von deren Bürgern begrenzt.
2. Beschleunigter Einsatz elektronischer Mittel bei der Überwachung und Kontrolle der Grenzen, ohne die herkömmlichen Mittel zu vernachlässigen.
3. Überprüfung von Bedingungen und Örtlichkeiten der vorübergehenden Inhaftierung, um die humanitäre Situation der Inhaftierten zu kontrollieren. Aufklärungsprogramme, um letztere vor der Gefährlichkeit ihres Unternehmens zu warnen beziehungsweise sie dazu zu bringen, es noch einmal zu überdenken.
4. Die libysche Regierung sollte auf die Staaten der EU Druck ausüben, insbesondere auf jene am Mittelmeer, damit diese mehr Unterstützung leisten und mehr technische Mittel bereitstellen, die dabei behilflich sind, die Grenzen dauerhaft zu überwachen. Außerdem soll Druck ausgeübt werden, damit die EU-Staaten mehr tun, um wirtschaftliche Anreize in den Herkunftsländern der Migranten zu schaffen.
5. Stärkung der Kooperation und der Koordination auf der Sicherheitsebene mit den Nachbarstaaten, um eine gemeinsame, vertragliche festgelegte Strategie zur Bekämpfung heimlicher Grenzübertritte auszuarbeiten.

6. Intensivierter Einsatz von Aufklärungskampagnen, und zwar in sämtlichen Medien sowie von den Predigtkanzeln, um vor dem direkten Kontakt mit den heimlich Eingewanderten zu warnen beziehungsweise davor, sie einzustellen, ohne sich davon vergewissert zu haben, dass sie in Bezug auf ihre Gesundheit die korrekten Maßnahmen ergriffen haben.
7. Bezüglich der Schleusernetzwerke und derer, die dahinter stecken, wird empfohlen, sie durch Patrouillen zu verfolgen und durch Sicherheitsmaßnahmen in den Griff zu bekommen. Denn diese Netzwerke gehören zu den Faktoren, die den fortdauernden Zustrom der Klandestinen über die Grenze begünstigen.
8. Aufstellen strengerer Regeln für das Ein- und Ausreisen für Libyen, außerdem bezüglich der Beschäftigung; schließlich das Aufgreifen nicht registrierter Arbeitskräfte.

Quellen:

- Bericht der International Federation for Human Rights (FIDH) von 2012.
- <http://tinyurl.com/bdw5jbw> (König Abdulaziz-Universität – Magazin Global Finance)
- <http://tinyurl.com/aqsqlsg> (Internetseite alarabiya.net)
- <http://tinyurl.com/aq5oh8y> (Internetseite Usan)
- <http://tinyurl.com/bfk87wu> (Internetseite Swiss Info)
- [...] <http://tinyurl.com/bf2fyee> (Internetportal von Al-Ahram)

Erstellung der Studie: Abdulqadir Muhammad Karnfoda – Abteilung für strategische Studien

[emailadresse]

Übersetzung aus dem Arabischen

Dieses Übersetzungsprojekt wird unterstützt vom AStA der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.